

Munich Economic Summit

Thursday, 29 April 2010

Martin Zeil

**Bavarian State Minister of Economic Affairs, Infrastructure, Transport and
Technology
and Deputy Minister-President**

**"The Financial Crisis and Globalisation:
What Linkages?"**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
Sehr geehrter Herr Präsident Trichet,
Sehr geehrter Herr Chrobog,
Sehr geehrter Herr Professor Sinn,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Der Tsunami der weltweiten Finanzkrise scheint überstanden. Nach einem ersten Gefühl der Erleichterung schauen wir nun jedoch auf eine Spur der Verwüstung, die die Krise in der Wirtschaft und in den öffentlichen Haushalten hinterlassen hat.

Die aktuellen Entwicklungen um Griechenland zeigen uns, dass die größten Herausforderungen auf europäischer Ebene sogar noch vor uns liegen. Wir müssen uns hier in ganz besonderer Weise unserer Gesamtverantwortung gewachsen zeigen. Das verbietet die Ausstellung von Blankoschecks ebenso wie ausschließlich innenpolitisch motivierte Töne. Aktuelle Forderungen nach einem Ausschluss Griechenlands aus dem Euro oder einer Umschuldung ohne genaue Kenntnis der Sachlage vor Ort sind nicht hilfreich. Wir sollten die Diskussion hier dringend versachlichen, und unser Augenmerk auch auf die Schaffung und Präzisierung der Instrumente einer europäischen Währungs- und Finanzpolitik legen. Dabei müssen die Spielregeln für alle gleichermaßen gelten. (Hier evt. ähnlich lautende Mahnungen von BP Köhler oder EZB Präsident Trichet aufnehmen.)

Zum aktuellen Thema dieses Panels: Was die Ursachen der Krise waren und welche Folgen für die weitere Globalisierung zu erwarten sind, mögen Sie beim Munich Economic Summit aus berufenerem Munde als meinem erfahren.

Mir geht es als Wirtschaftsminister in Bayern vor allem um zwei Fragen:

Erstens: Wie gestalten wir politisch die Zukunft der Finanzmärkte?

Zweitens: Wie gestalten wir politisch die Zukunft der Globalisierung?

1. Ordnungspolitische Rahmen für die Finanzmärkte

Zur ersten Frage: Die Finanzmarktkrise hat gezeigt: Finanzmarktstabilität ist ein globales öffentliches Gut. Auch die internationalen Finanzmärkte brauchen einen klaren, ordnungspolitischen Rahmen.

Ich verweise nur auf die Schlagworte:

- Verbesserte Eigenkapitalregelungen,
- Insolvenzpläne für systemrelevante Banken,
- mehr Markttransparenz,
- Reformen an den IFRS -Bilanzierungsregeln (International Financial Reporting Standards),
- wirksamere internationale Finanzmarktaufsicht.

Aber: Die besten Regeln führen nicht weiter, wenn sie nicht eingeführt und eingehalten werden. Basel-II ist das beste Beispiel dafür. Deshalb: Man kann so viel beschließen, wie man will. Entscheidend ist, dass die Beschlüsse für die internationalen Finanzmärkte auch umgesetzt werden.

Wir dürfen darüber hinaus bei der Regulierung eine naive Marktgläubigkeit nun nicht durch eine naive Staatsgläubigkeit ersetzen.

Und: Wir müssen bei einer Reform der Finanzmärkte mit großem Fingerspitzengefühl vorgehen. Wir sägen schnell an dem Ast, auf dem wir sitzen.

Das heißt konkret:

Wir müssen, erstens, verhindern, dass sich eine Kernschmelze im Finanzsektor wiederholt. Dabei gilt es aber, eine entscheidende Nebenbedingung einzuhalten: Wir dürfen die Kreditversorgung der Wirtschaft nicht gefährden und den noch labilen Aufschwung nicht abwürgen. Wir brauchen eine intelligente und effiziente Regulierung, keine Überregulierung.

Bei allen internationalen und europäischen Regelungen müssen zweitens die Besonderheiten des deutschen Bankensektors berücksichtigt werden. Die dezentrale Bankenstruktur in Deutschland ist das Resultat unserer dezentralen Wirtschaftsstruktur. Diese Strukturen haben die deutsche Wirtschaft in der Krise stabilisiert. Unter einer Über- oder falschen Regulierung leidet zuallererst der Mittelstand.

Darüber hinaus stehen wir vor der Frage, ob und wie die Banken an den Kosten der Stabilisierung des Finanzsektors beteiligt werden. Die Bundesregierung hat hierzu gerade ein Eckpunktepapier vorgelegt. Im Interesse unserer vielen Mittelständler müssen wir auch hier auf folgende Punkte achten:

- Es darf keinen nationalen Alleingang geben. Alle Maßnahmen müssen konsistent sein mit einem einheitlichen EU-Finanzbinnenmarkt.
- Die Bankenabgabe muss risikoadjustiert und institutsindividuell ausgestaltet werden. (risk adjusted and designed to the individual characteristics of the respective bank)
- Mittel, die in einen Stabilitätsfonds eingezahlt werden, müssen einer strikten Zweckbindung unterliegen. Sie dürfen nur zur Stabilisierung des Finanzsystems eingesetzt werden.
- Es ist zu prüfen, inwieweit Zahlungen in die Einlagen- und Institutssicherungssysteme bei der Bankenabgabe berücksichtigt werden können.
- Die Fähigkeit der Banken, Kredite zu vergeben darf nicht übermäßig eingeschränkt werden. Deshalb sind die Interdependenzen zu allen anderen, beschlossenen, geplanten oder neuen aufsichtsrechtlichen Maßnahmen auch im internationalen Kontext, bei der Bemessung der Bankenabgabe zu berücksichtigen.

2. Globalisierung nutzen – mit neuem Wachstum die Krise überwinden

Zu meiner zweiten Frage. Der gesamtwirtschaftliche Absturz nach der Krise war tief. Die Staatsschulden haben historische Höchststände erreicht. Die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte haben sich verschärft. Mit welcher Strategie können wir diese Herausforderungen bewältigen?

Die entscheidenden Stichworte dazu müssen lauten – nicht nur für Deutschland: strikte Ausgabendisziplin, Wachstumskräfte stärken und strukturelle Erneuerung voranbringen.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle, die aktuelle Kritik am deutschen Geschäftsmodell aufzugreifen: Sie kristallisiert sich im Satz der französischen Wirtschaftsministerin Christine Lagarde: „Der deutsche Exportüberschuss ist für die Nachbarstaaten untragbar“.

Die These lautet, Lohn- und Preis-Dumping Deutschlands im Exportsektor sei mit verantwortlich für die Defizite in den anderen Euro-Ländern. Deutschland müsse zum Abbau der Ungleichgewichte beitragen.

Hier gilt es festzustellen: Hauptursache für die Ungleichgewichte in Europa ist nicht die hohe Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Ein wesentlicher Grund liegt im Verlust an Wettbewerbsfähigkeit anderer Länder bzw. an einer Überschuldung mancher Mitgliedstaaten.

Mit der Einführung des Euro musste jedem Mitgliedsland klar sein: Der Wechselkurs fällt als Instrument zur Anpassung der Ungleichgewichte weg. Der Druck auf Löhne und Preise und die Verantwortung der Mitgliedstaaten, für wettbewerbsfähige Strukturen zu sorgen, steigt.

Von Deutschland eine neue Runde expansiver Fiskalpolitik zu fordern, wie in diesen Zusammenhang z.T. geäußert, wäre wachstumspolitisch nicht nachhaltig. Es verbietet sich auch aufgrund der hohen Verschuldung und widerspricht dem Stabilitäts- und Wachstumspakt.

Auch Forderungen, von der moderaten Lohnpolitik Abstand zu nehmen, erteile ich eine eindeutige Absage. Zum einen soll Lohnpolitik Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zum Ausgleich bringen, nicht die Leistungsbilanzen. Zum anderen würde

das Deutschland schwächen. Damit ist aber niemandem in Europa gedient. Ich erinnere an die Klagen vor Jahren, als Deutschland als kranker Mann Europas galt.

Richtig ist aber: Deutschland kann und muss zum Abbau der Defizite beitragen, indem wir die Binnenwirtschaft nachhaltig durch Strukturreformen auf der Angebotseite stärken. Zu viel unserer Ersparnisse fließt ins Ausland und wird nicht vor Ort investiert.

Richtig ist auch: Die inländischen Wachstumsimpulse in Deutschland waren in der Vergangenheit viel zu bescheiden.

Das heißt: Wir brauchen eine konsequente Standortpolitik. Wir brauchen eine konsequente Wachstumspolitik. Nur mit dauerhaft höherem Wachstum in Deutschland profitieren alle Mitgliedsländer der EU. Schwache Partner schwächen sich, starke Partner stärken sich.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich abschließen: Trotz der dramatischen Folge der Krise und der berechtigten Kritik an vielen Akteuren ist es absolut nicht angebracht, einen Abgesang auf die Globalisierung anzustimmen. Es gibt keine erstrebenswerte Alternative zu offenen Märkten. Jede Form des Protektionismus und die Rückkehr in die vermeintlich heile Welt der 70er Jahre sind keine Lösung. Sie sind eine Illusion. Ich bin froh, dass die Staaten der Welt diesen Weg mehrheitlich nicht beschreiten wollen. Offene Märkte sind die Lebensadern Europas, Deutschlands und Bayerns.

Vielen Dank!